

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillenburgs Tageblatt

Amfliches Kreisblatt für den Dillkreis

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Einzelnenpreis: Die 6gepaltene Zeitungs-Zeile 20 Pfennig, Reklamengruppe: (3gepaltene) 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Aufnahmen entsprechender Rabatt oder günstige Zellen-Abkürzungen. Offertenzettel oder Anstufung durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Das Blatt geht täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen, heraus. Bezugspreis: monatlich ohne Frangierlohn 1,20 M. Abbestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungs-Verkaufsstellen und die Landbriefträger, sowie sämtliche Postanstalten.

Nr. 288

Montag, den 9. Dezember 1918

78. Jahrgang

Die deutsche sozialistische Republik.

Republikenbund.

Am Abend des 4. Dezember, wenige Stunden vor der Besetzung durch den Feind, hat die Zentrumspartei der Stadt Köln den Gedanken einer Republik angenommen, die das gesamte Rheinland und Westfalen umfassen soll. In zwei großen Versammlungen in Köln wurde folgende Entschliessung angenommen:

„5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dez. 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln versammelt, fassen folgende Entschliessung: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Völker am Rhein nicht Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihren festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Völkern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und den anderen Völkern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.“

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die maßgebenden Personen im Reich grundsätzlich mit diesem Vorschlag sich vertraut gemacht haben. Sie sehen in den Kölner Erklärungen den Willen und den Weg zur Erhaltung des Reiches. Und das ist jetzt die Hauptsache.

In den Kreisen, die jeder Diktatur im Reich vorzuziehen wollen, die den Einfluß der Provinz in den Vordergrund schieben wollen gegenüber den Forderungen radikaler Elemente in der Reichshauptstadt, nimmt man zweifellos den Gedanken auf und führt ihn durch. Es handelt sich um einen Republikenbund.

Man stellt sich in großen Zügen die Sache so vor, daß zur Republik Rheinland und Westfalen alle links und rechts des Rheins gelegenen Gebiete, begonnen bei Konstanz-Basel, gehören sollen. Entsprechend diesem Bestreben wird auch ein Südringel entstehen müssen, der dem Lauf der Donau von Donaueschingen bis Preßburg folgt. Dort handelt es sich also um die Staaten: Württemberg, Bayern und Deutsch-Oesterreich. Ein Nordgürtel — etwa eine Republik: Mittel- und Ostdeutschland — erstreckt sich der Ostsee- und Nordseeufer entlang. Die übrigen Gebiete bleiben vereint in der mittel-deutschen Republik.

Eine solche Aufteilung würde der finanziell doch sehr nachteiligen Kleinstaaterei ein Ende machen. Sie würde aber auch die politischen Eigenarten der zusammengefaßten Stämme berücksichtigen, ohne zu weit zu gehen in der Zersplitterung, die das größte Unglück wäre. Rhein und Donau sind Träger der wirtschaftlichen Idee in West- und Süd-Deutschland. Das nordische Küstengebiet ist der Brennpunkt des ganzen deutschen Ueberseegeschäftes. Mitteldeutschland ist dann nur stark, wenn es sich durchsetzen kann gegenüber den anderen Staaten durch Zentralisation. Doch bleibt bei dem ganzen Problem der oberste Grundsatz: Die Erhaltung des Reiches.

Staatsrechtlich erscheint die Reichsrepublik als eine Zusammenfassung der Einzelrepubliken. Die Befugnisse der beiden Regierungssysteme müssen klar und scharf voneinander abgetrennt werden. In kulturellen und bestimmten finanziellen Dingen können die Bundesrepubliken selbständig bleiben. Stellenweise müssen sie es. Die Reichsrepublik wird sich dadurch ihre Berechtigung sichern, daß sie in den großen außenpolitischen Fragen, die sich in der Zukunft der Außenwirtschaft (Ein- und Ausfuhr) vor allem geltend machen, als Zentralrepräsentantin der Einzelrepubliken auftritt.

Der Republikenbund ist dadurch bei uns Deutschen schon bestens vorbereitet, da wir in einem Staatenbund lebten. Denn das Deutsche Reich war doch eine Zusammenfassung vieler Bundesstaaten zu einem Staatenbund. An Stelle des Bundesstaats tritt die Bundesrepublik, die sich auf breitere Grundlagen stellt, als es die einzelnen kleinen Bundesstaaten konnten. Der lächerlich kleine Bundesstaat vom alten Verfassungsstand verschwindet. Er unterwirft sich einer Republik größeren Stils, die aus gleichberechtigten Volksgenossen besteht. Die Einzelrepubliken gipfeln in der Zentralrepublik, die man vielleicht „Deutsche Republik“ nennen kann.

Die Zentralisation radikaler Regierungsvorhaben ist notwendig, weil sonst gewisse Leute in Berlin sich einbilden, den Willen Gesamtdeutschlands darzustellen. Solchen Illusionen muß vorgebeugt werden!

Köln, 8. Dez. (W.B.) Eine vom Arbeiterrat Köln einberufene Versammlung erhob scharfsten Protest gegen den Plan bürgerlicher und sozial-republikanischer Kreise, die rheinisch-westfälische Republik auszurufen.

Berlin, 8. Dez. Wie uns gemeldet wird, wird die preussische Regierung gegen die Bildung einer rheinischen Republik aus preussischen Gebietsteilen scharfsten Einspruch erheben. Im übrigen liegen auch aus Hannover und aus Sassen-Rassau Nachrichten über Separatbestrebungen vor.

Das Treiben der Spartakusleute.

Berlin, 8. Dez. (Z.L.) Zur selben Zeit, in der Ebert die Präsidentschaft der deutschen sozialistischen Republik angetragen wurde und im Abgeordnetenhause die Mitglieder des Vollzugsrates seitgenommen werden sollten, kam es in der Chausseestraße, Ecke Invalidenstrasse, zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den „Mataffern“, die dort den verstärkten Sicherheitsdienst versahen, und Anhängern der Spartakusgruppe, die sich nach Schluß mehrerer Versammlungen zu einem Demonstrationszug zusammenzuschließen versuchten. Aus einer großen Gruppe der Spartakusanhänger wurde auf die diensttuenden Soldaten vom Sicherheitsdienst mit Revolvern geschossen. Die Soldaten antworteten mit Maschinengewehrfeuer. Die Angaben über die Anzahl der Toten gehen noch auseinander, da man nicht feststellen kann, wohin die Leichen gebracht worden sind. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden.

Berlin, 8. Dez. Die Vorgänge, die sich in den vorgestrichen Nachmittags- und Abendstunden abspielten, sind, wie der „Vorwärts“ schreibt, nicht nur aufs tiefste zu beklagen, sondern auch aufs schärfste zu verurteilen. Es ist notwendig, sie reiflich aufzuklären und die Schuldigen rückwärts zur Verantwortung zu ziehen. Die Straßenkämpfe erklären sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute und der ungeheueren Erbitterung von neun Leuten der Berliner Soldaten über dieses Treiben. Wenn die Spartakusleute jetzt mit der Beschuldigung kommen, die Regierung lasse auf das Volk schießen, so ist darauf zu erwidern: In der Chausseestraße hat Volk auf Volk geschossen. Die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Die Soldaten haben von der Kommandantur strengsten Befehl, die Waffen nicht zu gebrauchen, es sei denn im Falle unermeldlicher Notwehr. Die Soldaten versichern, daß sie sich tatsächlich in der Notwehr befunden haben. Auf keinen Fall sind sie die Werkzeuge irgend einer höheren Macht, sondern sie sind freie Bürger wie wir. Niemand zwingt sie, niemand erlaubt ihnen, unschuldiges Blut zu vergießen.

Berlin, 8. Dez. In der „Vossischen Zeitung“ liest man: Die Spartakusleute haben vorgestern einen Versuch in Szene zu setzen versucht. Sie versahen ihre Anhänger systematisch mit Waffen und Munition. Ihr Ziel ist ein Gewaltstreik, der sie in den Besitz der unbeschränkten Macht, zunächst in Berlin, bringen soll. Die vorgestrichen Vorgänge dürften ihnen allerdings gezeigt haben, daß ihre Rechnung nicht ganz stimmt. Sie werden allmählich zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die überwindende Mehrheit des deutschen Volkes, auch der Soldaten, nicht gewillt ist, die Ertrugenschaften der demokratischen Revolution an die Gewaltthätigkeit der kleinsten Minderheit zu verlieren. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Es darf nicht so weitergehen, weil bei einer Fortdauer solcher Zustände die Entente uns unabweislich einen geradezu verachtenden Frieden diktieren würde. — Die „Morgenpost“ schreibt: Es muß jetzt bald gehandelt werden. Man nehme den frühesten Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung, der überhaupt möglich ist. In jeder Verzögerung liegt neue Gefahr und jede Woche Jauderns könnte neue Opfer kosten.

Berlin, 7. Dez. (Z.L.) Der Spartakusbund proklamirte heute den Generalstreik. Die Parole lautete jedoch in den meisten Betrieben keine Beachtung. Am schärfsten wurde die Aufforderung bei der Arbeiterschaft der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, die die Fabriken verließ und sich zur Beteiligung an Demonstrationen auf die Straße begab. Der geschlossene Zug, dem ein Matrose mit einer roten Fahne voranschritt, traf an der Siegesallee mit anderen kleinen Truppen, die vom Potsdamerplatz und dem Spittelmarkt herankamen, zusammen. In der Siegesallee wurden Maschinengewehre mit Bedienungsmannschaften aufgestellt. Durch die Siegesallee fuhr ein Automobil mit Maschinengewehren, deren Befehls- und Flugblätter des Spartakusbundes verteilten. In später Nachmittagsstunden wurden von den Spartakusleuten auch am Reichstage Maschinengewehre aufgestellt. Drei dort erscheinende Angehörige der republikanischen Sicherheitswache wurden entworfen. Die Demonstranten brachten Schreie auf die Lippen.

Berlin, 8. Dez. (Z.L.) Der Rat der Volksbeauftragten richtete folgende Kundgebung an die Bevölkerung Berlins: „Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt feststellen können, daß der Auftrag zur Festnahme des Vollzugsrates dem Bizelembel Fischer von einem gewissen Marxen und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Pragen Ratuschka und von Rheinbaben, erteilt worden ist. Marxen ist ebenso wie Fischer verhaftet worden. Die beiden anderen sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet. Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitgliede des Soldatenrates beim Generalkommando namens Krebs aufgeboren worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Vollzugsrates zu befreien und die Anweisung ihrer Freiheit, sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Bedrohung des Lebens von Soldaten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen möge.“

Die Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Dittmann, Scheidemann, Landsberg.

Ausrufung der deutschen sozial. Republik.

Berlin, 7. Dez. (Z.L.) Gestern nachmittag, kurz nach 5 Uhr, erschienen etwa zehn Matrosen und Soldaten im Reichstagsgebäude und baten den anscheinend nichts ahnenden Ebert auf die Straße zu kommen. Hier hatte eine unübersehbare Menge Soldaten aller Waffengattungen Front gemacht. In der unsicheren Beleuchtung schienen es Tausende zu sein. Vor dem Eingang hielt ein Automobil. Sobald Ebert die Straße betrat, sprang ein Soldat auf das Automobil und sagte etwas folgendes: Die Soldaten seien gekommen, um sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen. Er setzte auch auseinander, daß eine Gruppe von Menschen es der Regierung unmöglich mache, die Früchte der Revolution zu sichern. Die Regierung müsse frei sein, damit das Volk zum Frieden gelangen könne. In diesem Zweck seien die Soldaten hierher gekommen, fest entschlossen, für die Regierung bis zum Äußersten fest geschlossen einzutreten. Der Soldat entblößte das Haupt und rief: „Dank wir endlich geordnete Zustände bekommen, rufe ich in dieser heiligen Stunde die „junge deutsche Republik“ aus und zu ihrem ersten Präsidenten den Genossen Ebert!“ Danach, Trommelschlag und minutenlanges Hurraufen folgten diese Proklamation. Dann bestieg Ebert das Fahrzeug. Er mahnte zur Ruhe und Ordnung und zur Disziplin, dann nur können sich das Volk die Früchte der Revolution sichern. Der Tag für die Konstituante sei festgesetzt. (Zahlreiche Zwischenrufe: Viel zu spät!) Man müsse den Soldaten, die von der Front zurückkehren, auch die Möglichkeit des Wählens geben. Er gelbe den Soldaten den Rat, sich ihren Vorgesetzten zu wählen und ihm dann zu folgen, strenge Disziplin zu halten und sich zu einer einzigen Macht fest zusammenzuschließen. Auf diesem Wege werden sie die Regierung am besten und sichersten unterstützen. Ebert endete mit einem Hoch auf die deutsche sozialistische Republik, ohne seine Ausrufung zum Präsidenten irgendwie erwähnt zu haben. Ihm folgte ein Redner in Zivilkleidung, aus dessen einleitenden Worten hervorging, daß er es war, der die Revolution zu Kiel in Gang gebracht habe. Er sagte: Die Soldaten folgten keinem unbedachten Impuls, als sie hierher marschierten, sondern hätten ihren Schritt wohl überlegt. So wie es augenblicklich stehe, könne es nicht weitergehen. Deshalb frage er Ebert, ob er den ihm angebotenen Posten eines Präsidenten der jungen deutschen sozialistischen Republik annehme oder nicht? Ich fordere Sie auf, mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ zu antworten. Die Spannung war auf das höchste gestiegen. Und in der gewaltigen Menge — es hatten sich auch noch Zivilisten angesammelt — herrschte lautlose Ruhe. Ebert stieg nicht wieder auf das Automobil. Er sagte, diese Frage könne er nicht so ohne weiteres beantworten. Er sei nicht das einzige Mitglied der Regierung und könne eine solche Entscheidung nicht treffen. Die Antwort würde abblühend. Der Redner sagte, man müsse sich mit dieser Antwort zufrieden geben. Er betonte noch einmal, daß die Soldaten hinter der Regierung ständen. Nach der Antwort Eberts zogen die Soldaten geschlossen und ruhig ab.

Berlin, 7. Dez. Ebert hat, wie der „Vorwärts“ schreibt, mit der Nichtannahme der Präsidentschaft der Republik, die ihm gestern angetragen wurde, bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei es ablehnt, sich auf dem Wege eines Handstreiches die alleinige Macht zu verschaffen, daß sie die Verträge, die sie abgeschlossen hat, hält. Auf der anderen Seite wird man nicht verkennen dürfen, daß die Masse der Bevölkerung Berlins und des ganzen Reiches eine in ihrer Auffassung feste Regierung will, daß sie Ordnung will und der Sozialdemokratie die Kraft zutruht, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Spartakusbund verhält sich zu dieser Masse wie ein Sandhorn gegen einen Fels. Er muß durch die Drohung mit Gewalt auf seine bewaffneten Umwälze bezichtigt. Er muß sich in Berlin der ungeheuren Mehrheit des Volkes unterwerfen. Als bestes Mittel, um von weiteren Losheiten abzuhalten, muß ihm die Aussicht der Republik des Volkes so roch und so deutlich wie möglich fühlbar gemacht werden.

Früherer Termin der Nationalversammlung.

Die Regierung hat die Wahlen für die Nationalversammlung auf den 16. Februar festgesetzt, ein Termin, der nach allgemeiner Ueberzeugung viel zu spät liegt. Er verzögert unsere Versorgung mit Lebensmitteln durch die Entente und den Abschluß des Friedens, was wir beides bitterlich notwendig brauchen. Die Regierung will erst die „Ertrugenschaften“ der Revolution sichern, ehe sie die Gewalt an die Nationalversammlung abgibt, aber auch die schönsten sozialen Pläne lassen den Menschen gleichgültig, solange er die Gefahr vor Augen sieht, Theorien zu Liebe verhungern zu müssen. Bis Mitte Februar würde es auch kaum gelingen, die Entente von unseren ferndeutschen Gebieten fernzuhalten, und was das bedeuten würde, davon geben schon die ersten Erfahrungen mit den feindlichen Besatzungstruppen am linken Rheinufer einen gründlichen Vorgeschmack. Immer wieder muß auch gefragt werden, warum wir nicht im Jahre 1918 fertig bringen sollen, was die Franzosen im Jahre 1871 hieselbst zustande brachten: die Einberufung einer Nationalversammlung innerhalb 14 Tagen. Es erhebt sich die Frage, ob nicht die Möglichkeit bestehe, aus den Kreisen, die einen zeitigeren Termin der Nationalversammlung wünschen, einen Druck auf die Regierung in diesem Sinne auszuüben. Diese Möglichkeit ist sicher vorhanden.

Waquith ausgepöffen.

Amsterdam, 8. Dez. (T.N.) Aus London wird gemeldet: Als gestern Waquith mit dem Wahlkomitee in Europa Besprechungen abhielt, versammelten sich Hunderte von Soldaten vor dem Gebäude. Waquith hielt von einem Fenster eine Rede an sie. Er wurde ausgepöffen, als er sagte, daß es die erste Pflicht des Landes sei, die Konstitutionsarbeit für den Wiederaufbau des Landes und des Wirtschaftslebens in die Hand zu nehmen. Bei seiner Rückreise wurde Waquith von Soldaten belästigt und es kostete Mühe, ihn zu seinem Automobil zu geleiten.

Das wahre Ziel.

Amsterdam, 8. Dez. Unter dem gewaltigen Andrang des Publikums sprach gestern Lloyd George in einer großen Versammlung zu Leeds. Er führte aus: Es ist heute gerade zwei Jahre her, daß ich einen Aufruf erließ um die neue Regierung bezüglich für die Leitung des Krieges zu bilden. Die Lage war damals ernst. Drei unserer Bundesgenossen, Belgien, Serbien und Rumänien, waren überwunden und geschlagen, Rußland stand am Rande des Abgrundes. Der am wenigsten starke und verächtlichste unserer Gegner hatte den Briten zwei demütigende Niederlagen beigebracht. Eine englische Armee war südlich von Gallipoli vertrieben, eine andere hatte sich in Mesopotamien ergeben müssen. Unser Ansehen im Osten war ernstlich erschüttert. In der Westfront war es uns nach schweren Verlusten nicht gegliückt, die Front zu durchbrechen. Ende des Jahres 1916 nahmen die Verluste infolge des U-Bootkrieges immer mehr zu und wir hatten es anscheinend nicht nötig, Gegenmaßnahmen zu treffen. Das war die Situation 1916, als die neue Regierung ans Ruder kam. In erster Linie brauchten wir alle Kräfte, um dem U-Bootkrieg wirksam zu begegnen, denn, wenn dieser erfolgreich gewesen wäre, war der Krieg hoffnungslos verloren. Wir hätten dann keine Truppen und Lebensmittel nach Frankreich entsenden können. Die Deutschen hätten die Welt beherrscht von einem Ozean bis zum anderen. In diesem Augenblicke stellte die neue Regierung die gesamte Schifffahrt unter Kontrolle, mit dem Ergebnis, daß, obwohl Millionen von Tonnen verloren gingen, die Lage bald besser wurde, als sie vorher gewesen war. Das Convoysystem erbrachte Millionen von Tonnen und tausendfaches Maßregeln wurden getroffen, um der U-Boote Herr zu werden; die Seeleute ruhten nicht eher, als bis der U-Bootkrieg vollständig beschworen war. Das war der Anfang von Deutschlands Niedergang. Hätten wir Mesopotamien und Palästina ausgegeben, so würde Bulgarien und die Türkei nicht zusammengebrochen sein. Desterreich fiel, als es sah, daß die Hinterlist von den Alliierten ausgebrochen war. Amerika sandte 1 900 000 Mann, von denen 1 100 000 durch englische Transportschiffe nach Frankreich gebracht wurden. Nun liegen alle deutschen U-Boote in englischen Häfen, die besten Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote Deutschlands liegen mit geistloser Platte unter Bewachung englischer Seeleute in britischen Häfen. Englands Heer rückt nun über die Vint in eine der berühmtesten Städte Deutschlands ein. Der Sieg ist den Soldaten und den Matrosen zu verdanken; aber auch die Regierung verdient ein Lob und Dank für die Organisation. Nachdem wir den größten Kampf um den Fortschritt der Menschheit gewonnen haben, müssen wir mit allen Kräften trachten, England auf eine Höhe empor zu bringen, wie sie noch nie da war.

Kleine Mitteilungen.

London, 5. Dez. (B.B.) Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die ersten Meldungen der Berichterstatter bei den in Deutschland einzich. Truppen lassen scharf nicht vermuten, daß das Land am Verhungern ist. Die Bevölkerung des Rheinlands lebt danach unter Verhältnissen, wie sie Belgien und das besetzte Frankreich seit Jahren nicht gekannt haben. Nichts läßt vermuten, daß die Bevölkerung Entbehrungen durchgemacht hat. Wir können nicht ganz Deutschland nach den Verhältnissen im Rheinland beurteilen, aber die Verbindungen werden stärkere Beweise für eine Hungersnot verlangen, bevor sie Deutschland Lebensmittel liefern.

Berlin, 8. Dez. Nach Meldungen aus den besetzten Gebieten haben die Befehlshaber der Alliierten in allen größeren deutschen Städten der Stadtgemeinden die Zahlungen von Bußen und die Stellung von Geiseln aufrechterhalten. Berlin, 8. Dez. Der Soldatenrat Witten teilt mit: Der Genrat-Soldatenrat der 8. Armee in Wgta meldet: Alle Reservisten und Soldaten, die eigenmächtig den Osten verlassen, müssen gekennzeichnet werden. Wir bitten die Vertreter bei der Regierung, daß die Namen aller dieser Leute in den Heimatzeitungen veröffentlicht werden, damit diese Leute mit dem Brandmal der Feigheit und Verräterei versehen werden. Von Arbeitsnachweisstellen sollen solche Lumpen als unwürdig ausgeschlossen werden.

Paris, 8. Dez. Poincaré, Clemenceau und Deschanel trafen gestern Abend nach Mey ab.

Amsterdam, 7. Dez. (T.N.) Marschall Foch hat sein Hauptquartier in Luxemburg errichtet. Bei seiner Ankunft wurde er vom Gemeinderat festlich empfangen.

Bari, 8. Dez. Der „Secolo“ meldet: In den italienischen Gefangenenlagern sind 725 000 österreichische Kriegsgefangene festgesetzt.

Basel, 8. Dez. „Daily Mail“ meldet: Der Verband der englischen Reedereien hat für Verluste, die die englische Schifffahrt durch den U-Bootkrieg erlitten hat, 3750 000 000 Schilling angemeldet.

Rotterdam, 7. Dez. (T.N.) Aus London wird dem Neuen Rotterdamschen Courant gemeldet: Heute mit 12 Uhr werden die Baumwollspinnereien in Lancastershire die Arbeit einstellen, wodurch 100 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung um 10 Proz. der fehlenden Löhne. Die Arbeitgeber schlugen eine 10 prozentige Erhöhung zu den jetzigen Standardlöhnen zu, was eine Lohnerhöhung von 25 Proz. der gegenwärtigen Höhe bedeutet. In der gestrigen Konferenz weigerten sich die Arbeiter, den Vermittlungsvorschlag anzunehmen. Infolgedessen wurde der Ausstand beschlossen.

Bern, 5. Dez. (T.N.) Die italienische Presse gibt heute unumwunden zu, daß der Boed der Londone Konferenz die gegenwärtig tagende, darin bestände, eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien herbeizuführen, damit diese drei Mächte alsdann einseitig und geschlossen gegen den Ostentien Wilson auftreten können.

Tagesnachrichten.

Wahlheim (Nahr), 8. Dez. Wegen Landesverrat, begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Befreiung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter-Soldatenrat in Wahlheim die Großindustriellen August Wölkchen, Fritz Thöfner jun., Edmund Sittmes, sowie die

Direktoren Herrle, Becker und Witz, Kommerzienrat Klages und Bergassessor Stenz verhaftet. Die festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

Berlin, 8. Dez. Große Schiebungen mit Kognak, wobei es sich um Werte von 3 Millionen Mark handelte, sind von der militärischen Polizeiaufsichtsstelle in Berlin noch rechtzeitig verhindert worden. Die Inspektoren Olschewski und Wasther vom Berliner Hauptamt für die Deposition, bei der Firma Winkelhausen in Pr.-Stargard für mehr als 3 Millionen Mark Kognak bestellt, der angeblich für Schwerekrante und Schwerearbeiter bestimmt sein sollte. Die Bestellung wurde ausgeführt und der Kognak an einen Kommissar Volti in Katowice adressiert, der die Verteilung übernehmen sollte. Durch einen Zufall erhielt die Ueberwachungsstelle Mitteilung von der geplanten Schiebung und griff sofort ein. Sieben Waggons Kognak in 25-Liter-Korbfässchen wurden bei einem Speiditeur Bergemann in der Chausseestraße und anderen Speiditeuren beschlagnahmt. Ein geringer Teil der Ware ist bereits an eine Privatperson verkauft worden, konnte aber auch erfaßt werden. Die beiden Beamten, die Offiziersrang besitzen, wurden verhaftet und werden sich vor dem Kommandanturgericht zu verantworten haben.

Berlin, 8. Dez. Der langjährige Angestellte des Bankhauses Bleichröder Richard Gerde, ist wegen Unterschlagung von nahezu 5 Millionen verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Affäre des gemeinsamen Kennstempel-Stempel, dessen Stall vor einigen Tagen aufgelöst worden ist.

München, 8. Dez. Nach Blättermeldungen nahm in den letzten Tagen das bayerische Kriegsministerium in den Geschäftsräumen der Herrenkleiderfabrik Jilbor Bach eine Geschäftskontrolle vor, die ein riesiges Lager zurückgelassener Herren-, Damen- und Knabenbekleidungsstücke zur Tage förderte. Es wurden Waren noch aus dem Jahre 1914 vorgefunden, im Ganzen etwa 30 000 Stück; außerdem wurde ein Lager von Baugewerkschaften vorgefunden, um durch deren Verkauf von der Landesbevölkerung Lebensmittel zu bekommen. Nach den bisherigen Erhebungen erzielte Bach seit dem Kriegsbeginn riesige Uebergewinne, die zwischen 200 und 600 Prozent schwanken. Die gesamten Lager wurden beschlagnahmt.

Hamburg, 8. Dez. In Hamburg gelang es einem Menschen, der wegen Totschlags im Zuchthaus gesessen hatte und bei der Revolution entlassen war, sieben Soldaten für sich zu gewinnen, mit denen er nun auf Raubfahrten ging. Alle traten in Uniform auf und es gelangen ihnen recht lohnende Einbrüche. Es sind dieselben Verbrecher, die am 7. November bei einem Gastwirt am Grünendeich 120 000 Mark raubten, wobei sie sich als Beauftragte des U- und S-Bates ausgaben. Die Verbrecher wurden während eines Beschlages verhaftet. Sie hatten in verschiedenen Soldaten abendliche Feden von 1600 bis 1800 Mark gemacht.

Basel, 8. Dez. Das italienische Handelsfahrtschiff „Rosino“ ist zwischen Piume und Bois auf eine Mine gelaufen und gesunken. 113 Mann sind verunglückt.

Lokales.

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Dienstag, den 10. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr, im Rathaussaal statt mit folgender Tagesordnung: a) Öffentliche Sitzung: 1. Kosten der Geschäftsführung des Arbeiter- und Soldatenrates. 2. Betriebsbericht der städtischen Licht- und Wasserwerke für 1917. 3. Erwerbslosenfürsorge. 4. Errichtung eines städtischen Miteigentumsamtes. 5. Erhöhung der städtischen Beteiligung am Gemeinnützigen Turnverein. 6. Doppelte Anrechnung der Kriegsjahre auf das Pensionsdienstaalter der Beamten. b) Geheime Sitzung: 7. Personalangelegenheiten.

Die 105. Division, bestehend aus Inf.-Regimentern 21, 129, 400, dem Feldart.-Regt. 259, einer Abteilung Jäger 11, nebst den zugehörigen Kolonnen und Sanitätsabteilung zog heute früh unter den Klängen unserer alten herrlichen Militärmarche am Kriegerebenmal in Parade vor dem Divisionär Generalmajor Ehrhardt vorüber. Die Kreis- und städtischen Behörden und Körperschaften hatten sich zum Empfang eingefunden. In strammer Haltung und mit sichtbar gutem militärischen Geist zogen die kampfbewährten wettergebräunten Krieger in unsere Stadt ein, in der die Infanterie-Regimenter für einige Zeit Quartier nehmen werden bis zu ihrer Verladung nach der westpreussischen Heimat. Ueber 1 1/2 Stunden dauerte der Paradezug der mit Tammengrün und den Deutschen Nationalfarben geschmückten Truppen und Fahrzeuge und bot der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung ein interessantes kriegerisches Bild. Trotzdem durch Tod, Krankheit und sonstige Abgänge, insbesondere auch durch Entlassung der in Rheinhessen beheimateten Soldaten die Verbände gelichtet waren, veranlagte uns die große Menge der vorbeiziehenden Vaterlandsverteidiger unwillkürlich zu einem Vergleich mit der Stärke unserer ehemaligen Kampftruppe, in der Hunderte solcher Divisionen formiert waren. — Wägen die wackeren Krieger in unseren Mauern und auf den benachbarten Ortschaften gute Aufnahme finden und sich bei uns nach den Strapazen des Kampfes und des anstrengenden Rückmarsches ausruhen und wohl fühlen!

Entlassungs- und Marschgeld. Das Bezirkskommando in Wehr erlaubt uns um Bekanntgabe des folgenden:

1. Zur Erledigung der zahlreich eingehenden Anfragen betr. Zahlung des Entlassungs- und Marschgeldes der von der Entlassungsabteilung des Bezirkskommandos beschlagnahmt durch Entlassungsscheine entlassenen Mannschaften wird bekanntgegeben, daß die Zahlung der Gehältern erst nach Eingang der Entlassungspapiere (Stammrolle pp.), die seitens des Bezirkskommandos von den Ersatztruppenteilen angefordert werden, geschehen kann. Daß dies bei dem gewaltigen Umfang des Schriftverkehrs nicht in wenigen Tagen erledigt werden kann, muß jedermann einsehen. Das Bezirkskommando wird für baldige Erledigung dieser Angelegenheit dauernd bemüht sein und durch Bekanntmachungen in den Zeitungen den Zeitpunkt der endgültigen Erledigung der Entlassungen bekanntgeben. bezw. die Mannschaften zur Anerkennung der Stammrolle vorladen. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Demobilisierungsarbeiten wird dringend gebeten, diesen Zeitpunkt abzuwarten und die ohnehin schon überlasteten Büros nicht unnötig zu beschlagen.

2. Um die auf Reklamation zurückgestellten Leute vor einer eint. Internierung durch den Feind zu sichern, werden vom Bezirkskommando Kundweise ausgesandt, daß die Betroffenen noch nie Soldat gewesen bezw. nicht mehr

Soldat sind. Diese Maßnahmen können nur für diejenigen in Frage, welche sich dauernd oder vorübergehend im besetzten Gebiet oder in der neutralen Zone aufhalten, was durch Bescheinigung der Zivilbehörden nachzuweisen ist. Entsprechende Kundweise werden auf Zimmer 17 und 18 des Bezirkskommandos ausgesandt; auch kann Ausstellung schriftlich unter Vorlage der Militärpapiere erfolgen.

* Einquartierung. In unserer Stadt waren weitere untergebracht in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember: Marschgruppe Rosenberg, Dragoner-Regt. 4 5. Eskadron, Landsturm-Inf.-Batt. XVIII/31, Inf.-Regt. 74, Pflanzbataillon Inf.-Regt. 91, Feldpost 967, Feldartillerie-Regt. 23, Feldartillerie-Regt. 230, Fernsprechanstalt 19, Infanterie-Regt. 93, Landsturm-Batt. Wosatz, Stab der Inf.-Division 84, Pionier-Bataillon 57, Infanterie-Regt. 78, Infanterie-Regt. 129, Munitionskolonne 336, Feldlazarett 55, Inf.-Regt. 423, Reserve-Infanterie-Regt. 17, Sanitäts-Komp. 25, Ortskommandantur 33, Feldlazarett 97, Stabskomp. 173, Artillerie-Batt. 107, Pionier-Batt. 10 1. Feld-Komp., Stappen-Führer-Kolonne 201, Pionier-Batt. 10 5. Feld-Komp., Inf.-Regt. 335 (Minerwerfer-Komp.), Infanterie-Regt. 21, Jäger-Regt. zu Pferd Nr. 4, Insgesamt neu 800 Mann und 500 Pferde. — In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember waren untergebracht: Infanterie-Regt. 78, Infanterie-Regt. 23, Infanterie-Regt. 17, Reserve-Infanterie-Regt. 3, Infanterie-Regt. 400, Inf.-Feldartillerie-Regt. 40, Lichtmeßtrupp 150, Feldintendantur der 105. Inf.-Division, Insgesamt neu 900 Mann und 300 Pferde.

Spek- und Fettabgabe bei Hauswirtschaften. Nach § 11 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 19. Oktober 1917 hat der Selbstverwalter von dem durch die Handhabung von Schweinen gewonnenen Fleisch an den Kommunalverband Spek oder Fett in folgenden Mengen abzugeben: bei einem Schlachtgewicht des Schweines von mehr als 60 bis 70 kg. einschließlich 1 kg., mehr als 70 bis 80 kg. einschließlich 2 kg., mehr als 80 kg. für weitere angefangene je 10 kg. weitere je 0,5 kg. Diese Bestimmungen sind in Kraft geblieben. Auf solchen Gerichten entgegenzutreten, wird hiermit festgesetzt, daß im Wirtschaftsjahre 1917/18 insgesamt 2210 165 kg. Spek und Fett an die Sammelstellen abgeliefert wurden, die auch restlos an die Mätlings-, Sämer- und Schweinearbeiter sowie an Kommunalverbände überwiesen worden sind. Wenn tatsächlich in einzelnen Betrieben etwas von den zugewiesenen Mengen an andere Teile der Bevölkerung veräußert worden ist, so kann es sich nur um Verhöfe gegen die erlassenen Anordnungen handeln. Das Reichs Ernährungsamt ist ersucht, wenn solche Fälle ihm direkt oder bei den zuständigen Landesbehörden angezeigt werden, damit eine Untersuchung ergründet wird.

Die Reichsgetreidestelle hat ein besonderes Hand schreiben über den Verkehr mit Hülsenfrüchten zu Satz zwecken erlassen. Sie betont darin, daß stärkere Ueberwachungsmaßnahmen als beim Sommergetreide deshalb unbedingt erforderlich sind, weil leider auch noch im vergangenen Jahre erhebliche Mengen wertvollsten Saatgutes für Speisewecke im Schleichhandel vertrieben worden sind. Es ist deshalb grundsätzlich an der bereits im Vorjahr bestehenden scharfen Zentralfaktion, festgehalten worden. Auf der anderen Seite sind jedoch wesentliche Erleichterungen eingetreten, auf Grund deren eine glatte Versorgung der Landwirtschaft mit dem nötigen Saatgut gewährleistet ist. Bei Hülsenfruchtensaatgut sind drei Sorten Saatgut zu unterscheiden: Gemüsesaatgut, Original- und anerkannte Abarten und gewöhnliches Saatgut (Handelsaatgut). Obwohl nach der Bestimmung des § 11 der Saatgutverordnung vom 27. Juni 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 677) Saatgut von Hülsenfrüchten grundsätzlich nur an die Reichsgetreidestelle abgesetzt werden darf, wird die Reichsgetreidestelle den freien Absatz von Gemüsesaatgut und Original- sowie anerkannten Abarten an zugelassene Händler oder zugelassene landwirtschaftliche Berufsvertretungen, Genossenschaften und dergl. sowie unmittelbar an Landwirte auf Antrag gestattet. Wichtig ist aber in jedem einzelnen Fall ein besonderer Antrag, in dem genau Art und Menge des Saatgutes, das verkauft werden soll, sowie Name und Wohnort des Käufers angegeben ist (Sammelanträge zulässig). Die sonstigen Bestimmungen der Saatgutverordnung über den Saatgutverkehr, namentlich die Bestimmung über die Saatarten, bleiben selbstverständlich unberührt und sind auf das sorgfältigste einzuhalten. Als Gemüsesaatgut gelten nur diejenigen Sorten, die in einem besonderen, von der Reichsgetreidestelle im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung gelangten Verzeichnis aufgeführt sind. Beim Vertrieb von Gemüsesaatgut dürfen die von der offiziellen Preiskommission für Gemüsesamen festgesetzten Höchstpreise nicht überschritten werden. Ein Verzeichnis der Höchstpreise samt von der Geschäftsstelle des Preisverbandes für Gemüsesamen in Aßersleben gegen Einsendung von 50 Pfg. bezogen werden. Unter der Bezeichnung „Original- und anerkannte“ Abarten dürfen nur Hülsenfrüchte solcher Wirtschaften veräußert werden, deren Züchter in dem von der Reichsgetreidestelle im Reichsanzeiger veröffentlichten Verzeichnis als Erzeuger von Original- und anerkannten Abarten aufgeführt sind. Da eine Notwendigkeit für den Vertrieb von Hülsenfruchtensaatgut im Spätherbst nicht besteht und außerdem eine Entlastung der Bahn im Interesse der Getreide- und Kartoffeltransporte dringend notwendig ist, darf der Saatgutverkehr erst nach dem 1. Januar 1919 einsetzen. Obwohl Originalsaaten und anerkannte Abarten reichlich vorhanden sind, so daß hierdurch der wirkliche Bedarf an Saatgut zu einem erheblichen Teile gedeckt wird, hat die Reichsgetreidestelle besondere Vorsorge getroffen, den Verkehr mit sogenanntem Handelsaatgut möglichst einfach zu gestalten. Als Handelsaatgut gilt nach § 12 der Saatgutverordnung nur solches Saatgut, das von der Reichsgetreidestelle oder einer hierzu bestellten Saatzstelle, meist die Landwirtschaftskammer, als zur Saat geeignet erklärt worden ist. Ueber den Verkehr mit derartigem Saatgut gilt folgendes: Zunächst sind die Kommunalverbände ermächtigt, den Absatz unmittelbar von Landwirt zu Landwirt zu gestatten, wenn beide Landwirte in ihrem Bezirke wohnen, oder wenn das Saatgut nach einem angrenzenden Kommunalverband ausgeführt werden soll. In dem Antrag an den Kommunalverband auf Genehmigung des Verkaufs von Handelsaatgut ist der Name des Käufers und die Menge genau zu bezeichnen. Ebenso sind selbstverständlich die sonstigen Bestimmungen der Saatgutverordnung, namentlich über die Saatarten, einzuhalten. Will ein Landwirt sein Saatgut an einen anderen Landwirt in einem abgelegenen, nicht angrenzenden Kommunalverband veräußern, so hat er die Genehmigung hierzu ebenfalls bei seinem Kommunalverband in der gleichen Weise zu beantragen. Der Kommunalverband wird alsdann den Antrag an die Reichsgetreidestelle weiterleiten. Ferner sind die Kommunalverbände, Saatzstellen, landwirtschaftliche Berufsvertretungen, Saatzbauvereine usw. berechtigt, den Verkehr von Landwirt zu Landwirt innerhalb ihres Bezirkes in der Weise zu vermitteln, daß sie Angebot und Nachfrage bei sich sammeln und Käufer und Verkäufer auf diese Weise zusammenbringen. Endlich wird die Reichs-

gewerbefähige auf ihren Sammelplätzen eine größere Menge Saatgut hinlegen, die im Frühjahr durch die Kommunalverbände nach Nachweisung des Bedarfs zur Verteilung gelangen wird. Anträge auf Zuteilung von Hülsenfruchtensaatgut sind deshalb stets, soweit der Bedarf nicht unmittelbar von Landwirten zu Landwirten gedeckt werden kann, an den Kommunalverband zu richten. Zur Schaffung der Bestände der Reichsgetreidestelle gilt folgendes Verfahren: Will ein Landwirt seine Hülsenfrüchte als Saatware an die Geschäftsstelle der Reichsgetreidestelle veräußern, so hat er sie grundsätzlich in derselben Weise zur Ablieferung zu dringen, wie die zu Speisezwecken bestimmten Hülsenfrüchte. Die Saatguteigenschaft muß jedoch durch ein besonderes, von der zuständigen Saatstelle ausgestelltes Zeugnis nachgewiesen werden. Dieses Zeugnis kann der Landwirt sich entweder vorher besorgen, ehe er seine Hülsenfrüchte als Saatgut dem Kommunalverband des Kommunalverbandes anbietet, oder aber die Ausstellung des Saatguterzeugnisses erfolgt, nachdem die betreffende Partie von dem Kommissär übernommen und dem Sammellager zugegangen ist. Die Reichsgetreidestelle wird als Saatgut nur Mengen über 5 Doppelzentner übernehmen. Es kommt für sie darauf an, nur größere geschlossene Partien einheitlicher Herkunft zu besitzen, um ein gleichmäßiges gutes Saatgut zur Verteilung bringen zu können, was bei Zusammenstellung vieler kleiner Posten unmöglich wäre. Dadurch werden aber die kleineren Landwirte in keiner Weise benachteiligt, da sie die Möglichkeit haben, ihr Saatgut durch unmittelbaren Absatz an Landwirte, örtlichen Landwirtevereine, Landwirtschaftskammern oder sonstige landwirtschaftliche Berufsvertretungen abzusetzen. Für den Verkehr mit Buchweizen und Hirse zu Saatwecken gelten die gleichen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß der Saatgutausschlag nicht 15 M., sondern 9 M. für den Doppelzentner beträgt. Soll Buchweizen und Hirse den Sammelstellen als Saatgut angeboten werden, dann ist das nach § 12 der Saatgutverordnung nötige Saatzeugnis, welches die zuständige Saatstelle auszustellen hat, vorher vorzulegen.

Provinz und Nachbarchaft.

Frankfurt, 7. Dez. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Soeben trifft die endgültige Meldung ein, daß Frankfurt a. M. nicht besetzt wird. Alle gegenständlichen Gerüchte beruhen auf Unwahrheit.

Frankfurt, 8. Dez. Eine Versammlung, die von 300 aus dem Heeresdienst entlassenen stellenlosen Kellnern besucht war, protestierte in einer Entschiedenheit, „aufs schärfste gegen das unmoralische und unsoziale Verhalten derjenigen Frankfurter Wirte, Hoteliers und Cafetiers, die sich unter nichtigen Vorwänden weigern, die während des Krieges als Notbehelf eingeführte Damenbedienung abzuschaffen und wieder durch männliche zu ersetzen. Die Versammlung fordert einstimmig, daß in allen Betrieben, mit Ausnahme der Anstalten, die weibliche Bedienung binnen spätestens acht Tagen beseitigt und durch männliches Personal ersetzt wird, das nur durch den städtischen Arbeitsnachweis zu vermitteln ist.“ Eine Kommission wurde beauftragt, sofort Schritte bei den maßgebenden Stellen zu unternehmen.

Langenschwambach, 8. Dez. Einem hiesigen Kaufmann wurden 70 000 Zigaretten und 30 000 Zigaretten beschlagnahmt, die er während des Krieges zu hohen Preisen aus Gewinnsucht eingekauft hatte und nun zu noch höheren Preisen veräußern wollte. Jetzt muß der profitgierige Mann die Ware weit unter dem Einkaufspreis abgeben.

Uermischtes.

* Zu welcher dreisten Gannerstreichen die Verwirrung, die in den ersten Tagen der Revolution herrschte, demütigt wurde, zeigt folgender glaubliche Vorfall in Berlin. Ein mit vier Jahren Zuchthaus bestraffter Matrose Otto Haas stahl am ersten Revolutionstage irgendwo einen Kraftwagen. Er stellte sich damit der neuen Regierung zur Verfügung und erhielt bei einem Volksbeauftragten eine Stellung als Chauffeur. Seine freie Zeit benutzte er dann zu Fahrten auf eigene Faust. So kam er auch nach Potsdam, als dort gerade ein Lazarettzug eingelaufen war. Diese Gelegenheit machte er sich zu nutze. Er gab sich für einen Rollstuhlbesitzer aus, ließ die Führer des Zuges, einen Rechnungsrat und einen Beamtenstellvertreter, festnehmen, beschlagnahmte alles, was der Zug an Lebensmitteln enthielt, Schinken, Speck, Wurst, Eier usw., schaffte es nach Berlin und verkaufte es hier auf eigene Rechnung. Die Ermittlungen führten bald auf die Spur des Täters, der jetzt in einem großen Hotel unter den Linden, wo er wohnte, ermittelt und festgenommen wurde.

* Eine neue Tropfsteinhöhle wurde unterhalb der Galtbögel bei Ebensee in Oberösterreich entdeckt und zum Teil erschlossen. Die Höhle ist reich an prachtvollen Tropfsteinegebilden und wird von einem Bach durchflossen, in dem man einen Zufluß des Rißsees vermutet. Auf dem Grunde der Höhle fand man verschiedene Knochen, darunter einen gut erhaltenen Bärenschädel mit Unterkiefer. Die Ausdehnung der Höhle ist bedeutend: bis jetzt wurde sie auf etwa 600 Meter Länge und 150 Meter Tiefe erforscht.

* Sie konnten zusammen nicht kommen. Im Alterdeheln zu Arhus wollten sich zwei Frauen — der Mann 74, die Frau 60 Jahre — heiraten. Dem widersezte sich der städtische Ausschuss und meinte, in diesem Fall müßten die Leute das Heim verlassen. Der Mann schickte daraufhin eine Klage an das Ministerium, die sie an die Stadtverwaltung weiter sandte; aber auch diese trat dem Beschluß des Ausschusses bei. — Bileicht kommt die neue Regierung den Liebenden mehr entgegen, sodas sie doch noch zusammenkommen können.

* 60 000 Mark in Papiergeld gestohlen. Ein politisch aufgeregter Metzgermeister in der Brangelstraße in Berlin beging die Torheit, sein Guthaben von 50 000 Mark bei einer Berliner Bank in barem Gelde abzuholen und die Scheine in seiner Wohnung zu verstecken. Einbrecher suchten ihn schon am nächsten Tage heim und fanden die Summe, die sie mitnahmen.

Verantwortlicher Schriftleiter: R. Sattler, Dillenburg.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

Über die Weitergewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Wätrrenten aus der Invalidenversicherung.

Vom 12. November 1918.

Die Wirksamkeit der Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-,

Witwen- oder Wätrrenten aus der Invalidenversicherung vom 3. Januar 1918 (Reichsgesetzbl. S. 7) wird entsprechend auf das Jahr 1919 erstreckt. Im § 1 der bezeichneten Bekanntmachung sind an die Stelle der Worte „wenn sie sich im Ausland aufhalten“ die Worte zu setzen, „soweit sie nicht Ausländer sind und sich nicht im Ausland aufhalten“.

Diese Verordnung hat Gesetzeskraft.

Berlin, den 12. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten:

gez. Ebert, gez. Haase.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes:

gez. Bauer.

Wird veröffentlicht.

Dillenburg, den 7. Dezember 1918.

Versicherungsamt des Distriktes: v. Sybel.

Ungefähr 15 Ctr.

Heu

zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsst.

Quartierzettel

vorrätig in der
Buchdruckerei
E. Weidenbach, Dillenburg.

Vogelsberger

Fahrkuh,

im April halbbend, hat zu verkaufen. 4699

Adolf Schäfer.

Kolonialwarengeschäfte
Kriegsbeschädigte u. i. w.
sichern Sie sich jetzt schon den
Verkauf meiner prima

Feld- u. Gartensämereien
schnellste, zuverl. Bedienung.

F. A. Jacobs,
Weilburg S. N.

Erhalte dieser Tage einen
Waggon

Zwiebeln,

prima trockene Ware und
nehme sofort. Bestellung ent-
gegen auch in größ. Quant.

Heinr. Pracht Ww.

2 Müller

sucht in Dauerstellung
Rudolf Krümer,
Behdors-Sieg.

Wegen Erkrankung des
Dienstmädchens für sofort eine

Mushilfe

gesucht.

Frau Friz Berns.

Wegen Erkrankung des
jetzigen suche ich sofort ein

Mädchen,

welches schon gedient hat,
gegen hohen Lohn.

Frau Dr. C. Dönges,
van Brandesstr. 9.

Älteres zuverlässiges

Fräulein

sucht für bald in kleinem
besserem Hausball oder bei
einzeln Dame od. Herrn

Stellung als Stubf.

Näheres in d. Geschäftsst.

Zimmer

mit oder ohne Pension zu
mieten gesucht.

Schriftl. Angeb. unter G.
4721 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Kollweiller Mündin,
auf den Namen Bella hörend,
entlaufen. Halsbandauf-
schrift: Schreibstube, 1. Balthr.
Bath. 75. Gegen 10 M. Fin-
derlohn abzugeben bei

Julius Baum, Kirzenghain.

Geldbeutel

mit Inhalt gefunden.
Abzuholen (4704)

Wilhelmstr. 32. part.

Versteigerung von Militär- Pferden und -Fahrzeugen.

Donnerstag, den 12. ds. Mts., findet zu Dillen-
burg, nachmittags 12 Uhr beginnend, eine Versteigerung von
etwa 200 Militär-Pferden bei der städtischen Volksschule
Wilhelmstraße und von Militär-Fahrzeugen auf der städt.
Herrenwiese statt. Zahlung von Kriegsanleihen zum
Nennwert gestattet.

Generalkommando des 8. Reserve-Korps.

Pferde-Versteigerung.

Am Dienstag, den 10. Dezember 1918, nachm.
4 Uhr, werden durch den unterzeichneten Truppenteil in
Dillenburg, Schulstraße 7, mehrere arbeitsfähige
Pferde meistbietend versteigert. Zu der Versteigerung sind
Interessenten aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und
Gewerbe zugelassen. Händler sind grundsätzlich aus-
geschlossen. Jeder Teilnehmer muß einen behördlichen
Ausweis besitzen, daß er das Pferd zum eigenen Betriebe
benötigt und nicht Händler ist. — Die Bestimmungen können
auf dem Geschäftsamt eingesehen werden.

Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon
Frankfurt a. M. (XVIII 31)

Domizlaff,
Major und Kommandeur.

Bekanntmachung.

Alle Arbeitgeber (Industrie, Handwerk, Landwirt-
schaft sowie Herrschaften, welche Mädchen in Dienste nehmen),
wollen sich an den Städt. Arbeitsnachweis (Hilfsdienstmelde-
stelle) Herborn wenden, ebenso alle Arbeitnehmer und
Arbeitnehmerinnen, damit ein geregelter Arbeitsver-
hältnis bei der letzten Demobilisierung zu Stande kommt.
Die Vermittelung erfolgt unentgeltlich.

Städt. Arbeitsnachweis, Herborn,

Kaiserstraße 28. Fernruf 63.

Geschäftsstunden 8-12, 3-7.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bittet in
diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in
barmherziger Liebe zu gedenken.

Fraundl. Spenden nimmt dankbarst entgegen D. S. Braun,
Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angerbürg,
Distr. (Postfach, Königsb. 2423).

Statt Karten.

Als Verlobte grüßen:

Luisa Heinz

Georg Herold

Dillenburg

Bayreuth

9. Dezember 1918

Außer unseren

aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitern
können

weitere 50-60 Mann sofort

Beschäftigung bei uns finden. Unterkunft und Verpflegung
vorhanden. Nur Erwachsene finden noch Anstellung.
Bewerbungen von Jugendlichen zwecklos, da entsprechende
Posten inzwischen besetzt.

Saigerer-Mühle A.-G.,

Hochofenwerk Saiger.

Heute nahm der Herr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Enkelin
und Nichte

Marie

nach längerer Krankheit im Alter von 21 1/2 Jahren zu sich in die Herrlichkeit.
Bei allem Schmerz freuen wir uns, sie bei Jesu zu wissen, an den sie hier geglaubt.

Im Namen der trauernden Familie:

Ww. Heinrich Stahl geb. Klein.

Luisa Stahl

Minna Stahl

Karl Stahl

Friz Stahl.

Dillenburg, den 8. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet i. G. w. Mittwoch, den 11. Dez., nachm. um 2 Uhr statt.
Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen bitten wir freundl. absehen zu wollen.